



Unterlage zur Sitzung im öffentlichen Teil

Gremium	am	TOP
Finanzausschuss	15.12.2008	

Anlass:

Mitteilung der Verwaltung

Beantwortung von Anfragen
aus früheren Sitzungen

Beantwortung einer Anfrage
nach § 4 der Geschäftsordnung

Stellungnahme zu einem
Antrag nach § 3 der Geschäftsordnung

Entwicklung wesentlicher Ertrags- und Aufwandspositionen der Ergebnisrechnung sowie Entwicklung investiver Ein- und Auszahlungen in der Finanzrechnung 2008

Auf der Grundlage der bisherigen Entwicklung der Erträge und Aufwendungen ergeben sich bei den wesentlichen Positionen des Haushaltes die im Folgenden aufgeführten Abweichungen. Bei diesen Abweichungen handelt es sich jeweils um die Differenz zwischen der Haushaltsermächtigung zum Stand 25.11.2008 – sofern kein anderer Termin genannt ist - und der Prognose zum Jahresende. Die Haushaltsermächtigung berücksichtigt neben dem Haushaltsansatz 2008 auch evtl. aus 2007 zusätzlich bereitgestellte Haushaltsermächtigung, alle bis zu dem o. a. Zeitpunkt verfügbaren außer- bzw. überplanmäßigen Ausgaben sowie die Änderungen durch Deckungsfähigkeiten.

Aus Gründen der Übersichtlichkeit werden grundsätzlich nur Abweichungen ab einer Größenordnung von 0,5 Mio. Euro berücksichtigt.

Gewerbsteuer

Das Anordnungssoll für Vorauszahlungen und Nachforderungen liegt per 25.11.2008 bei rd. 1.043,3 Mio. Euro. Damit ist der Hpl.-Ansatz zum Stichtag bereits um 13,3 Mio. Euro überschritten.

Beim Gewerbesteueraufkommen muss zwischen den Vorauszahlungen, diese geben die aktuelle wirtschaftliche Lage wieder, und den Nachforderungen für Vorjahre unterschieden werden. Erwartete Absetzungen bzw. Berichtigungen infolge der vom Bundesgesetzgeber beschlossenen Reform der Unternehmenssteuer ab dem Erhebungszeitraum 2008 sind im Anordnungssoll der **Vorauszahlungen** 2008 bislang noch nicht erkennbar. Bis zum Stichtag 25.11.2008 wurden 773,2 Mio. Euro (103,1%) zum Soll gestellt. Die bis September

noch günstige konjunkturelle Entwicklung hat aus hiesiger Sicht die ursprünglich erwarteten Ertragsausfälle kompensiert und letztlich zu einer Erhöhung der Bemessungsgrundlagen und damit zu der positiven Entwicklung bei den Gewerbesteuererträgen geführt. Derzeit sind noch keine unmittelbaren Auswirkungen aus der aktuellen Finanzkrise zu erkennen. Diese werden erst für das Jahr 2009 erwartet.

Die **Nachforderungen aus Vorjahren** betreffen die Erhebungszeiträume bis 2007 - hierbei insbesondere die letzten sechs Jahre. Das Anordnungssoll dieses Teilansatzes belief sich zum Stichtag 25.11.2008 auf 270,1 Mio. Euro bzw. 96,5%.

Bis Ende des Jahres ist grundsätzlich nicht mehr mit großen Veränderungen zu rechnen. Es ist jedoch nicht auszuschließen, dass bis Jahresschluss noch Sollabgänge notwendig werden, die eine Reduzierung des Aufkommens zur Folge haben.

Die Entwicklung der Gewerbesteuer in den einzelnen Branchen wird in einer separaten Mitteilung dargestellt.

derzeitige Mehrerträge: rd. 13,3 Mio. Euro

Gewerbesteuerumlagen

Die Gewerbesteuerumlagen werden nach dem tatsächlichen Ist-Aufkommen bei der Gewerbesteuer erhoben. Derzeit lässt sich keine fundierte Prognose abgeben, es ist jedoch aufgrund der aktuellen Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens von keiner wesentlichen Veränderung auszugehen.

Veränderung: rd. 0,0 Mio. Euro

Gemeindeanteil an der Einkommensteuer

Der Einkommensteueranteil für das Haushaltsjahr 2008 wurde auf Basis des Vorjahres und den Ergebnissen der Steuerschätzung im Mai 2008 prognostiziert. Zwischenzeitlich ist die Zahlung für das 3. Quartal 2008 bekannt, welche gleichzeitig auch als Abschlag für das 4. Quartal gezahlt wird. Aufgrund dieser Daten ist derzeit von einer Verschlechterung von rd. 16,8 Mio. Euro auszugehen. Diese Verschlechterung wird jedoch reduziert, dass – im Gegensatz zur kameralen Haushaltsführung – die aus der Spitzabrechnung für das Haushaltsjahr 2008 resultierenden Erträge, die Anfang 2009 gezahlt werden, noch ergebniswirksam in 2008 berücksichtigt werden. Die durchschnittliche Nachzahlung aufgrund der Spitzabrechnung der vergangenen Jahre liegt bei rd. 12,7 Mio. Euro.

derzeitige Wenigererträge: rd. 16,8 Mio. Euro

Ausgleichsanspruch für reduzierten Einkommensteueranteil (Kompensation)

Gemäß Festsetzungsbescheid beträgt die Kompensationsleistung in 2008 rd. 34,4 Mio. Euro. Das bedeutet eine Verschlechterung von rd. 0,5 Mio. Euro.

Wenigererträge: rd. 0,5 Mio. Euro

Sonstige Vergnügungssteuer

Es besteht zum Stichtag 27.11.2008 noch eine Unterschreitung des aktuellen Hpl.-Ansatzes um rd. 2,3 Mio. Euro. Diese ist darin begründet, dass die ein Teil der Veranlagungsfälle „Gewinnspielgeräte“ wegen weiterer Satzungsänderungen infolge neuer verwaltungsgerichtlicher Entscheidungen für die Erhebungszeiträume 2006 – 2008 noch nicht durchgeführt werden konnte. Die zuletzt erfolgte Satzungsänderung (4. Änderungssatzung) ist erst am 26.03.2008 in Kraft getreten; erst danach konnte damit begonnen werden, die für die Veranlagung erforderlichen Besteuerungsgrundlagen bei den Steuerpflichtigen zu ermitteln.

Derzeit konnten 13,2 Mio. Euro im Bereich der Geldspielautomaten für die Jahre 2006, 2007 und 2008 (1. bis 3. Quartal) zum Soll gestellt werden. Weitere Sollstellungen im Hj.

2008 von bis zu 0,3 Mio. EUR sind zu erwarten. Insgesamt ergibt sich somit eine Differenz zum Haushaltsansatz i. H. v. 15,8 Mio. Euro von ca. 2,3 Mio. Euro.

Verschlechterung: rd. 2,3 Mio. Euro

Zweitwohnungssteuer

Bei den Erträgen aus der Zweitwohnungssteuer ist mit Ausfällen von rd. 1,4 Mio. Euro zu rechnen. Ursächlich hierfür ist eine Vielzahl von Korrekturen der Bemessungsgrundlage zur Zweitwohnungssteuer bzw. Korrekturen der Meldedaten, so dass der Großteil der erhobenen Forderungen aus Vorjahren wieder abgesetzt werden muss. Die neuen Veranlagungsfälle des Jahres 2008 können diese erheblichen negativen Sollveränderungen nicht kompensieren.

Wenigererträge: rd. 1,4 Mio. Euro

Verzinsung der Gewerbesteuer gem. § 233a AO

Aufgrund des aktuellen Anordnungssolls wird bei den Nachforderungs- und Erstattungs-zinsen bis Jahresende eine Verbesserung von rd. 9,3 Mio. Euro prognostiziert. Die positive Entwicklung dieser Position resultiert aus Nachforderungen im Bereich der Gewerbesteuer (aus Betriebsprüfungen oder aus abgeschlossenen Rechtsverfahren) für zurückliegende Veranlagungsjahre.

Mehrerträge: rd. 9,3 Mio. Euro

Landesmittel aus erspartem Wohngeld

Positive Konsequenzen für den städt. Haushalt ergeben sich aus dem aktuellen Festsetzungsbescheid zur Verteilung der Einsparungen des Landes bei den Wohngeldausgaben auf die Kreise und kreisfreien Städte. Danach ergeben sich Mehrerträge von ca. 2,3 Mio. Euro.

Mehrerträge: rd. 2,3 Mio. Euro

Personalaufwand

Nach der aktuellen Hochrechnung werden die Personalaufwendungen voraussichtlich mit einer Verbesserung in Höhe von ca. 17,0 Mio. Euro abschließen. Darüber hinaus wurden die Zuführungen zu den Personalrückstellungen auf Basis des Personalbestandes zum 01.01.2008 (bisher standen nur die Daten per 01.01.2007 zur Verfügung) ermittelt. Diese Berechnungen schließen mit einer Planunterschreitung von rd. 2,5 Mio. Euro ab. Darin sind die sich aus unterjährigen Änderungen (im Hj. 2008) ergebenden Zuführungen allerdings noch nicht enthalten. Eine abschließende Ermittlung der tatsächlichen Zuführungen ist erst nach dem Bilanzstichtag 31.12.2008 im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten möglich. Derzeit wird davon ausgegangen, dass sich im Zusammenhang mit den Rückstellungszuführungen keine Verbesserungen ergeben werden.

Verbesserung: rd. 17,0 Mio. Euro

Sozialbereich

Im Sozialbereich werden sowohl bei den Erträgen als auch bei den Aufwendungen Verbesserungen gegenüber der Planung erwartet.

Bei den Erträgen zeichnet sich insgesamt eine Verbesserung von ca. 8,5 Mio. Euro ab. Hauptsächlich ist dies darauf zurückzuführen, dass ein Gesetzesentwurf der Bundesregierung zurückgezogen wurde, welcher die Reduzierung der Bundeserstattung an der Grundversicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem 4. Kapitel SGB XII vorsah. Da die negativen Auswirkungen dieses Entwurfs in der Haushaltsplanung berücksichtigt waren, ergeben sich für diese Hilfeart voraussichtlich Mehrerträge von rd. 5,9 Mio. Euro. Des Weiteren ergeben sich durch die Aufarbeitung von Rückständen und der hiermit verbundenen Geltendmachung von Rückforderungsansprüchen im Rahmen der Hilfen zur Gesundheit

nach dem 5. Kapitel SGB XII Mehrerträge in Höhe von ca. 1,8 Mio. Euro. Mit den Mehraufwendungen (s. u.) im Bereich der Hilfe zur Pflege nach dem 7. Kapitel SGB XII gehen Mehrerträge i.H.v. rd. 4,3 Mio. Euro durch entsprechend höhere Erstattungen des LVR einher. Im Bereich der Unterhaltsvorschussleistungen werden durch forcierte Unterhaltsrückstandsbearbeitung Mehrerträge i.H.v. ca. 1,7 Mio. Euro erwartet.

Dem gegenüber stehen Wenigererträge in Höhe von ca. 0,9 Mio. Euro für die Sicherung des Lebensunterhalts von besonderen Personengruppen (Wegfall der Aufgabe Kriegsopferfürsorge, diese wird seit dem 01.01.2008 durch den LVR wahrgenommen) sowie weitere Wenigererträge in Höhe von rd. 4,3 Mio. Euro für die Leistungen zum Lebensunterhalt. Darüber hinaus ergeben sich kleinere Ertragsabweichungen bei verschiedenen Positionen.

Bei den Aufwendungen wird per Saldo eine Verbesserung von rd. 15,1 Mio. Euro prognostiziert. Diese ergibt sich u.a. durch Wenigeraufwendungen von ca. 1,2 Mio. Euro im Bereich der Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem 3. Kapitel SGB II, geringere Aufwendungen von rd. 1,9 Mio. Euro im Bereich der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen nach dem 6. Kapitel SGB XII und durch eine Verbesserung von ca. 4,0 Mio. Euro bei den Hilfen nach dem AsylbLG aufgrund geringerer Fallzahlen. Zudem ergeben sich Wenigeraufwendungen i.H.v. 1,0 Mio. Euro im Bereich der Hilfe in sonstigen Lebenslagen nach dem 9. Kapitel SGB XII sowie von 0,7 Mio. Euro durch den Wegfall der Aufgabe Kriegsopferfürsorge (s. o.). Weitere Verbesserungen von rd. 5,8 Mio. Euro ergeben sich bei den einmaligen Leistungen nach SGB II. Dies ist zum einen darauf zurückzuführen, dass die Anzahl der Hilfeempfänger in den vergangenen Monaten kontinuierlich gesunken ist, zum anderen wird ein Teil der Leistungen als Darlehen gewährt und wirkt sich insofern nicht auf den Ergebnisplan aus. Weitere Wenigeraufwendungen in Höhe von ca. 0,7 Mio. Euro ergeben sich aufgrund geringerer Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz. Darüber hinaus zeichnen sich bei der Hilfe zur Gesundheit voraussichtlich Wenigeraufwendungen in Höhe von ca. 2,5 Mio. Euro aufgrund der gesunkenen Anzahl von Leistungsberechtigten ab. Auch ist durch den Belegungsrechtsvertrag mit der GAG aus dem Jahr 2000 nun mit Wenigeraufwendungen i.H.v. voraussichtlich 2,9 Mio. Euro für den Bereich Wohnraumsicherung und -versorgung zu rechnen.

Mehraufwendungen in Höhe von 5,6 Mio. Euro werden trotz stabiler Fallzahlen aufgrund höherer Pflegesätze und geringeren Eigenmitteln der Klienten bei den Leistungen der Hilfe zur Pflege nach dem 7. Kapitel SGB XII prognostiziert.

Verbesserung: rd. 23,6 Mio. Euro

Kinder und Jugend

Im Bereich Kinder-, Jugend und Familienhilfe zeichnet sich insgesamt eine Verschlechterung von ca. 1,5 Mio. Euro ab. Die Zuweisungen für laufende Zwecke werden voraussichtlich um ca. 2,0 Mio. Euro unter der Planung bleiben, da beim Land zusätzliche Plätze für die Betreuung U3 angemeldet, jedoch bisher nur teilweise bewilligt wurden. Weiterhin wurde von einer 45 Std./Wochen-Belegung bei den Hortplätzen ausgegangen, jedoch erfolgte seitens des Landes nur die Bewilligung einer 35 Std./Wochen-Belegung. Im übrigen Jugendhilfebereich (Wirtschaftliche Erziehungshilfe) sind Wenigererträge von rd. 0,5 Mio. Euro bei den Kostenersatzleistungen zu erwarten. Dem gegenüber stehen Mehrerträge von rd. 0,3 Mio. Euro im Bereich Kinder- und Jugendpädagogische Einrichtungen bei den Benutzungsgebühren/Entgelten, was auf eine überdurchschnittliche Auslastung insbesondere in den Aufnahmegruppen zurückzuführen ist.

Die Aufwendungen für die Unterhaltung von Betriebs- und Geschäftsausstattung werden voraussichtlich ca. 0,7 Mio. Euro unter der Veranschlagung bleiben, was durch eine restriktive Haushaltsführung zu begründen ist.

Verschlechterung: rd. 1,5 Mio. Euro

Schule und Bildung

Der Bereich prognostiziert bei den sonstigen ordentlichen Erträgen eine Unterschreitung der Planung von rd. 0,7 Mio. Euro und bei den sonstigen Entgelten um ca. 0,9 Mio. Euro. Zuletzt genannte Abweichung ist ursächlich dadurch begründet, dass bei den Mittagessenentgelten weniger Erträge erzielt wurden, da deutlich weniger Kinder als geplant die Leistung in Anspruch nahmen. Aus dem gleichen Grund stehen den geringeren Entgelten geringere Aufwendungen von ca. 0,9 Mio. Euro gegenüber.

Darüber hinaus ergeben sich bei den Zuschüssen an die OGTS-Träger Einsparungen von rd. 4,1 Mio. Euro, da in den Schuljahren 2007(2008 und 2008/2009 insgesamt 3.219 Kinder weniger an den Betreuungsmaßnahmen teilgenommen haben. Die gegenüberstehenden Wenigererträge aus Landeszuweisungen werden durch Mehrerträge an anderer Stelle (z. B. kein Kind ohne Mahlzeit) kompensiert.

Verzögerungen bei der Umsetzung von Baumaßnahmen durch die Gebäudewirtschaft, deren Kosten durch Mietaufwendungen aus dem Schulbudget refinanziert werden, ergeben bei den Mieten voraussichtlich Wenigeraufwendungen von rd. 8,8 Mio. Euro.

Verbesserung: rd. 12,2 Mio. Euro

Kultur und Wissenschaft

Die Volkshochschule prognostiziert Wenigererträge von rd. 0,6 Mio. Euro bei den Leistungsentgelten. Die bisherige Nachfrage zeigt, dass die geplante Steigerung der Teilnehmerentgelte nicht in vollem Umfang realisiert werden kann. Bei den allgemeinen Zuweisungen vom Bund zeichnet sich eine Verbesserung von 0,6 Mio. ab, welche im Wesentlichen auf die intensiven und erfolgreichen Bemühungen um die Akquisition zusätzlicher Qualifizierungsprojekte wie auch auf den weiter zugenommenen Umfang an Integrationskursen zurückzuführen ist.

Veränderung: rd. 0,0 Mio. Euro

Rechenzentrum/IT- und Kommunikationsleistungen

Der Bereich prognostiziert per Saldo eine Verschlechterung in Höhe von ca. 0,2 Mio. Euro. Zum einen werden zusätzliche Aufwendungen für Leasing von rd. 0,5 Mio. Euro benötigt. Zum anderen ergeben sich Mehraufwendungen für sonstige Dienstleistungen in Höhe von 0,8 Mio. Euro, da durch krankheitsbedingte und sonstige Ausfälle sowie die verzögerte Besetzung von Stellen ein höherer Einsatz von externen Kräften erforderlich ist. Dem gegenüber stehen jedoch voraussichtlich weniger Aufwendungen von rd. 1,1 Mio. Euro für die Unterhaltung der Betriebs- und Geschäftsausstattung, da bereits in 2007 eine große Anzahl der SAN-Komponenten beschafft wurden und aufgrund neuer Vertragskonditionen für die nächsten drei Jahre keine Wartungskosten anfallen.

Verschlechterung: rd. 0,2 Mio. Euro

Rechts- und Versicherungsleistungen

Aufgrund einer geringeren Anzahl von Schadensfällen wird sich voraussichtlich eine Verbesserung in Höhe von rd. 1,6 Mio. Euro bei den Ersatzleistungen ergeben.

Wenigeraufwendungen: rd. 1,6 Mio. Euro

Stadtentwicklung

Durch die Verschiebung bei der Beauftragung von Gutachten und Schlussdokumentationen verschiedener Sanierungsmaßnahmen sowie zeitliche Verzögerungen von Einzelprojekten bei der Struktur- und Technologieförderung und der räumliche Stadtentwicklung bleiben die Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen um voraussichtlich rd. 2,0 Mio. Euro unter der Planung. Die Zuschüsse an übrige Bereiche werden nach derzeitiger Einschätzung um rd. 2,4 Mio. Euro geringer ausfallen als geplant, was insbesondere darauf zurückzuführen ist, dass der eingeplante Zuschuss an die DB für die Erschließung der

Bahnsteige in Deutz nach erneuter Prüfung aus der investiven Finanzrechnung ausgezahlt wird und somit nicht ergebniswirksam ist.

Wenigeraufwendung: rd. 4,4 Mio. Euro

Öffentliche Ordnung

Im Bereich der allgemeinen öffentlichen Ordnung werden die Verwarnungs- und Bußgelder voraussichtlich mit Mehrerträgen von insgesamt rd. 1,3 Mio. Euro abschließen. Dies ist insbesondere auf den hohen Anzeigeneingang von der Polizei bei der Bußgeldstelle zurückzuführen. Weiterhin ergeben sich Mehrerträge von rd. 0,2 Mio. Euro durch die verstärkte Erstattung von Bestattungskosten durch die Kostenpflichtigen.

Mehrerträge: rd. 1,5 Mio. Euro

Denkmalpflege

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Restaurierung des Reiterstandbildes auf dem Heumarkt werden in 2008 nicht in geplantem Umfang benötigt. Die Umsetzung der Maßnahme wird hauptsächlich in 2009 ff erfolgen, so dass sich in 2008 Wenigeraufwendungen beim städt. Eigenanteil von rd. 0,7 Mio. Euro ergeben. Seitens der Fachdienststelle ist beabsichtigt eine entsprechende Ermächtigungsübertragung zu beantragen.

Wenigeraufwendungen: rd. 0,7 Mio. Euro

Wohnungswesen

Der Bereich prognostiziert Wenigeraufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche in Höhe von rd. 0,7 Mio. Dies ist zum einen dadurch begründet, dass die Bezuschussung von Lärmsanierungsmaßnahmen seit dem 31.12.2007 weggefallen und das Programm abgeschlossen ist. Zum anderen wird in 2008 nur der städtische Eigenanteil an die Synagogengemeinde ausgezahlt. Den Wenigeraufwendungen stehen Wenigererträge in Höhe von 0,6 Mio. Euro gegenüber, da Landeszuschüsse für das Lärmschutzprogramm und zur Weiterleitung an die Synagogengemeinde geplant waren.

Verschlechterung: rd. 0,1 Mio. Euro

Verkehrsflächen und -anlagen

Der Bereich prognostiziert Mehrerträge bei den Sondernutzungsgebühren in Höhe von ca. 0,6 Mio. Euro, was auf eine erhöhte Bautätigkeit zurückgeführt werden kann.

Die Aufwendungen des Amtes werden insgesamt voraussichtlich rd. 6,6 Mio. Euro unter der Planung liegen. Ursächlich hierfür ist die zeitlich verzögerte Umsetzung bei Maßnahmen im Bereich Unterhaltung Infrastruktur, was zu Wenigeraufwendungen in Höhe von 4,1 Mio. Euro führt. Des Weiteren werden die geplanten Aufwendungen für Reinigung nicht in voller Höhe benötigt, wodurch sich eine Verbesserung von rd. 0,6 Mio. Euro ergibt. Darüber hinaus werden Erstattungen (Ablösebeträge an die DB) in Höhe von 0,9 Mio. Euro erst im nächsten Jahr von der DB abgerufen und die Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen aufgrund der geringeren Vergabe von Planungsleistungen um rd. 0,8 Mio. Euro unter der Planung liegen. Es ist seitens der Fachdienststelle jedoch beabsichtigt, im Zuge des Jahresabschlusses eine Übertragung der nicht ausgeschöpften Aufwandsermächtigungen zu beantragen.

Die geplanten Aufwendungen für Zuschüsse an Dritte (Zuschüsse für Mischwasserkanäle an die StEB) werden in den investiven Bereich verlagert. Dadurch ergibt sich für die Ergebnisrechnung eine Verbesserung von rd. 0,7 Mio. €.

Dem gegenüber werden die Aufwendungen für Zinsen für zurückzuzahlende Zuweisungen die Planung um rd. 0,5 Mio. Euro übersteigen

Verbesserung: rd. 7,2 Mio. Euro

Parkeinrichtungen

Die bis Jahresende prognostizierten Erträge aus Parkgebühren liegen ca. 2,0 Mio. Euro über der Planung. Diese positive Entwicklung ist auf getroffene Maßnahmen zur Aufbruchprävention bei den Parkscheinautomaten, den Austausch von Altgeräten und eine verstärkte Verkehrsüberwachung zurückzuführen.

Mehrerträge: rd. 2,0 Mio. Euro

Abfallbeseitigung und Verwertung

Mit der Abfallentsorgungs- und Verwertungsgesellschaft Köln mbH wurde aufgrund der guten Entwicklung und der gestiegenen Ablagerungsentgelte vereinbart, dass der Betriebskostenzuschuss eingestellt wird. Hieraus ergibt sich ein Wenigeraufwand von rd. 0,7 Mio. Euro. Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen im städt. Bereich werden voraussichtlich ca. 0,9 Mio. Euro unter der Planung bleiben.

Wenigeraufwendungen: rd. 1,6 Mio. Euro

Stadtplanung

Aufgrund aktueller Hochrechnungen zeichnen sich Mehrerträge von ca. 0,5 Mio. Euro bei den Verwaltungsgebühren ab. Zusätzlich ergeben sich durch zeitliche Verzögerungen oder nicht realisierte Planungsmaßnahmen Wenigeraufwendungen für sonstige Dienstleistungen von ca. 0,6 Mio. Euro.

Verbesserung: rd. 1,1 Mio. Euro

Stadtbahn, Brücken und Tunnel

Die Aufwendungen für die Bauunterhaltung bei den sonstigen konstruktiven Ingenieurbauwerken und für die Unterhaltung der Rheinbrücken werden voraussichtlich mit insgesamt um rd. 3,0 Mio. Euro unter der Veranschlagung bleiben. Die Wenigeraufwendungen resultieren aus der schwierigen Personalgewinnung für das Großprojekt Rheinbrücken und dem damit verzögerten Beginn der Maßnahme sowie ähnlicher Probleme für die Erüchtigung der Kölner Rheintunnel.

Im Bereich Unterhaltung der Stadtbahnanlagen zeichnen sich Minderaufwendungen von ca. 2,0 Mio. Euro ab.

Wenigeraufwendungen: rd. 5,0 Mio. Euro

Schuldendienst

Die Zinsaufwendungen im Bereich der Schuldenverwaltung werden voraussichtlich rd. 2,2 Mio. Euro unter der Planung bleiben. Diese positive Abweichung ist dadurch zu begründen, dass weniger Kassenkredite als erwartet aufgenommen wurden.

Wenigeraufwendungen: ca. 2,2 Mio. Euro

Sonstige wirtschaftliche Unternehmen

Für die Stadt Köln besteht die Verpflichtung zum Ausgleich der Verluste der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung AWB nach Ablauf von 5 Jahren. Das positive Ergebnis aus 2007 reduziert den vorgetragenen Verlust aus 2002, so dass in 2008 ein um rd. 0,6 Mio. Euro geringerer Aufwand für die Verlustabdeckung erforderlich wird.

Wenigeraufwendungen: ca. 0,6 Mio. Euro

Zentrale Finanzwirtschaft

Die im Zusammenhang mit der Gewährung einer stillen Einlage an der Sparkasse Köln-Bonn geplanten Aufwendungen und Erträge sowie Einzahlungen und Auszahlungen werden nicht abfließen. Gem. Ratsbeschluss vom 13.11.2008 wird die stille Einlage durch den Zweckverband erbracht. Somit entfällt die gesamte Abwicklung über den städtischen Haushalt. Die Erträge und Aufwendungen sowie Einzahlungen und Auszahlungen waren ausgeglichen geplant.

Zusammenfassung der erwarteten Abweichungen:

	<i>in Mio. Euro</i> Verbesserung (+) / Ver- schlechterung (-)
Gewerbesteuer	+ 13,3
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer - ohne Berücksichtigung der Spitzabrechnung -	- 16,8
Kompensationsleistung	- 0,5
Sonst. Vergnügungssteuer	- 2,3
Zweitwohnungssteuer	- 1,4
Verzinsung der Gewerbesteuer gem. § 233a AO	+ 9,3
Landesmittel aus erspartem Wohngeld	+ 2,3
Personalausgaben	+ 17,0
Sozialbereich	+ 23,6
Kinder und Jugend	- 1,5
Schule und Bildung	+ 12,2
Rechenzentrum	- 0,2
Rechts- und Versicherungsleistungen	+ 1,6
Stadtentwicklung	+ 4,4
Öffentliche Ordnung	+ 1,5
Denkmalpflege	+ 0,7
Wohnungswesen	- 0,1
Verkehrsflächen und -anlagen	+ 7,2
Parkeinrichtungen	+ 2,0
Abfallbeseitigung und Verwertung	+ 1,6
Stadtplanung	+ 1,1
Stadtbahn, Brücken und Tunnel	+ 5,0
Schuldendienst	+ 2,2
Sonstige wirtschaftliche Unternehmen	+ 0,6
Insgesamt:	+ 82,8

Die o. a. Zusammenfassung der erwarteten Abweichungen schließt insgesamt mit einer Verbesserung von rd. 82,8 Mio. Euro ab. Sie basiert hauptsächlich auf den positiven Entwicklungen bei der Gewerbesteuer, im Sozialbereich und aus der derzeit prognostizierten Unterschreitung der Personalaufwendungen. Insgesamt kann bei den dargestellten Verbesserungen aus Wenigeraufwendungen und Mehrerträgen nicht ausgeschlossen werden, dass die Werte bis Jahresende noch nach unten korrigiert werden müssen.

Entwicklung investiver Ein- und Auszahlungen in der Finanzrechnung

Derzeit werden bei mehreren Maßnahmen größere Abweichungen gegenüber der Haushaltsplanung prognostiziert. Dabei ist jedoch grundsätzlich im Zusammenhang mit der Entwicklung im investiven Bereich darauf hinzuweisen, dass Wenigerauszahlungen, die sich aufgrund eines verzögerten Baufortschrittes ergeben, regelmäßig in einem der Folgejahre zusätzlich bereitgestellt werden müssen. Es handelt sich also de facto nur um einen verzögerten Mittelabfluss.

Zentrale Vergabe

Die zur Beschaffung eines Vergabemanagementsystems eingeplanten Mittel werden aufgrund von Verzögerungen bei der Beschaffung der Softwarelizenzen für diese Anwendung in 2008 nicht abfließen.

Wenigerauszahlungen: ca. 0,6 Mio. Euro

Stadtentwicklung

Entgegen der Planung werden sich die Maßnahmen „Dacherneuerung S-Bahn Chorweiler Nord“ (ca. 1,8 Mio. Euro) und „Stadtsanierung Porz-Finkenbergr“ (ca. 0,7 Mio. Euro) ins nächste Haushaltsjahr verschieben.

Wenigerauszahlungen: ca. 2,5 Mio. Euro

Abfallbeseitigung und Verwertung

Bei der Baumaßnahme „Mülldeponie Vereinigte Ville“ werden voraussichtlich ca. 5,6 Mio. Euro weniger abfließen als geplant. Dies ist zum einen mit Verschiebungen im Zeit-Maßnahmen-Plan zu begründen. Des Weiteren wird davon ausgegangen, dass die Maßnahme insgesamt günstiger wird, als ursprünglich geplant.

Wenigerauszahlungen: ca. 5,6 Mio. Euro

Erschließung

Längere Verfahrensdauern aufgrund durchzuführender Anhörungen führen in 2008 zu einer geringeren Anzahl von Veranlagungen. Infolge dessen werden sich die Einzahlungen für Erschließungsbeiträge voraussichtlich um rd. 1,8 Mio. Euro reduzieren. Dabei handelt es sich jedoch lediglich um eine zeitliche Verschiebung. Der Verschlechterung steht eine Mehreinzahlung von rd. 0,6 Mio. Euro bei den Straßenbaubeiträgen nach KAG gegenüber, was auf die steigende Anzahl von Ausbaumaßnahmen und die dadurch entstehende Beitragspflicht zurückzuführen ist.

Wenigereinzahlungen: rd. 1,2 Mio. Euro

Friedhöfe

Der Bereich meldet weniger Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen von ca. 0,7 Mio. Euro, da die Nachfrage nach Grabkammern rückläufig ist. Darüber hinaus werden die Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen rd. 2,5 Mio. Unter der Planung bleiben, da die Auszahlungen für Kfz-Ersatzbeschaffungen erst im Folgejahr abfließen werden.

Wenigerauszahlungen: rd. 3,2 Mio. Euro

Liegenschaften

Die Umsetzung der Generalsanierung des Eisenmarkts verschiebt sich in das Jahr 2009. Aus diesem Grund wird es zu Wenigerauszahlungen in Höhe von rd. 1,4 Mio. Euro kommen. Darüber hinaus werden geplante Umlegungsmaßnahmen aufgrund von eingelegten Widersprüchen im laufenden Jahr nicht mehr realisiert. Dies hat Wenigerauszahlungen in Höhe von ca. 1,2 Mio. Euro zur Folge. Darüber hinaus wird es voraussichtlich bis Jahresende zu Abweichungen bei dem Erwerb/der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden kommen. Die Höhe dieser Abweichungen lässt sicher derzeit jedoch nicht beziffern.

Wenigerauszahlungen: rd. 2,6 Mio. Euro

Wohnversorgung

Da sich die Neubaumaßnahme „Wohngebäude Wikingerweg“ verzögert, werden voraussichtlich 0,9 Mio. Euro weniger Auszahlungen für Baumaßnahmen abfließen.

Wenigerauszahlungen: rd. 0,9 Mio. Euro

Schuldendienst

Der Bereich prognostiziert Wenigerauszahlungen von ca. 1,8 Mio. Euro für die planmäßige Tilgung von Krediten.

Wenigerauszahlungen: rd. 1,8 Mio. Euro

Wirtschaftsförderung

Die für das Win-Win Programm zusätzlich bereitgestellten Mittel werden überwiegend in 2009 zur Auszahlung kommen, da erst im Oktober die Projektplanung beschlossen wurde. Seitens der Fachdienststelle ist beabsichtigt, eine Ermächtigungsübertragung in Höhe der in 2008 nicht abgeflossenen Mittel zu beantragen.

Wenigerauszahlungen: rd. 0,9 Mio. Euro

Stadtbahn, Brücken und Tunnel

Entgegen der Planung werden sich die Maßnahmen „Haltestelle Deutz-Messe – Einbau von Aufzügen“ (Auszahlung 1,8 Mio. Euro, Zuschuss 1,2 Mio. Euro) und „Beschleunigungsmaßnahme L12“ (Auszahlung 1,9 Mio. Euro, Zuschuss 0,6 Mio. Euro) ins nächste Haushaltsjahr verschieben.

Verbesserung: rd. 1,9 Mio. Euro

Verkehrsflächen und -anlagen

Aufgrund der aktuellen Ein- und Auszahlungen in diesem Bereich ist davon auszugehen, dass sowohl bei den Einzahlungen aus Investitionstätigkeit als auch bei den Auszahlungen für Baumaßnahmen erhebliche Abweichungen auftreten werden. Dies lässt sich jedoch zum jetzigen Zeitpunkt nicht genauer verifizieren. Insgesamt werden die Auszahlungen jedoch unter der Planung liegen. Da die Einzahlungen in Abhängigkeit zu den Auszahlungen stehen, werden auch diese hinter den Planungen zurückliegen.